



Deutschland.

Berlin, 22. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem großherzoglich badischen Kammerherrn Freiherrn v. Edelsheim und dem großherzoglich oldenburgischen Ober-Kammerrat und Vermessungs-Director Freiherrn v. Schrad zu Oldenburg den rothen Adlerorden zweiter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat im Namen des Norddeutschen Bundes den Telegraphen-Directors-Secretär Schröder und den Telegraphen-Ingenieur Heyse in Steint, den Telegraphen-Directors-Secretär Mettmann in Königsberg i. Pr. und den Telegraphen-Secretär, Baumeister Wohlfarth in Dresden, zu Telegraphen-Directors-Räthen ernannt, sowie dem Geheimen erpedirenden Secretär Brade und dem Geheimen erpedirenden Secretär und Calculator Harryers von der General-Direction der Telegraphen des Norddeutschen Bundes, den Charakter als Rechnungs-Räthe verliehen.

Ihre Majestät die Königin, Allerhöchstselbe heute Morgen abreiste, wird unterwegs die Wittenberger Ausstellung besichtigen und die Oberhofmeisterin Gräfin Schulenburg in Burgscheidungen bei Naumburg besuchen. — Die Hofdamen Prinzessin Carolath und Gräfin Schimmelpenninck, sowie der dienstthuende Kammerherr Graf Hohenthal haben die Ehre, Ihre Majestät zu begleiten, Allerhöchstselbe morgen Vormittag in Ems eintrifft.

Der Ausschuss des Bundesrathes des Zollvereins für Zoll- und Steuerwesen hielt heute eine Sitzung ab. (St.-A.)

[Das Staatsministerium] trat vorgestern wiederum zu einer Sitzung zusammen, in welcher der Kriegsminister präsidirte. Es sollen, wie die „Z. C.“ hört, darin einige schleunige Sachen ihre Erledigung gefunden haben.

Berlin, 22. Juli. [Circularschreiben. Koblitz.]

Die Mittheilung des „Frankfurter Journals“, daß ein Rundschreiben des Berliner Cabinets an seine Vertreter sich über die zwischen dem Fürsten Hohenlohe und dem Grafen Bismarck in der Concilsfrage gepflogenen Besprechungen sich des Näheren auslasse, ist ungenau und veraltet. Vor ungefähr acht Wochen ist allerdings ein Rundschreiben, welches sich auf die erwähnte Angelegenheit bezieht, erlassen worden, aber von einem neuerdings ausgegebenen derartigen Actenstück ist nichts bekannt. In jenem Circularschreiben theilte die preussische Regierung mit, daß sie die von Baiern in der Concilsfrage gemachten Eröffnungen der ernstesten Erwägung unterziehen werde und daß sie der angebotenen Verständigung gern die Hand bieten wolle. — Die falschen Gerüchte, welche hier in Parteikreisen an die Beurlaubung des Grafen Bismarck geknüpft worden, vergrößern sich natürlich bei ihrer Verbreitung außer Preussens und Deutschlands Grenzen hinaus. So weiß die „Revue des deux Mondes“ zu erzählen, daß Graf Bismarck vom Könige die Entlassung mehrerer Minister verlangt, aber nicht erreicht habe, — darauf habe er sich nach Wargin zurückgezogen, um andere Pläne zu überlegen. Es bedarf kaum der Versicherung, daß an dieser Gegend kein wahres Wort ist. — Der Afrika-Reisende Koblitz beabsichtigt, wie aus Ems mitgetheilt wird, gestern von dort zur Fortsetzung seiner Kur nach Kreuznach zurückzufahren. — Die Geschenke für den Sultan von Bornu, welche Koblitz im Auftrage des Königs nach Tripolis bringen sollte, um sie dort durch neue Einkäufe zu vervollständigen und für ihren Weitertransport durch die Wüste zu dem Regierfürsten Sorge zu tragen, befinden sich jetzt bereits auf dem Wege und verweilen zur Zeit auf der ersten Dase der Wüste Sahara. Dort liegt der Zug fest, weil durch einen räuberischen Ueberfall die Bewohner der zweiten Dase gefangen fortgeführt worden sind und die Karavane daher dort nicht Gelegenheit findet, ihre Vorräthe zu ergänzen. Sie wird auf der ersten Dase bis zum September verweilen müssen, wo die großen Karavane ihre Züge durch die Wüste antreten, die sich voraussichtlich so stark verproviantiren werden, um auch, ohne neue Nahrungsmittel in der zweiten Dase vorzufinden, ihr Ziel zu erreichen. Ueberdies ist es auch gefährlich, in kleinem Zuge die Wüste zu durchziehen, da ein Ueberfall durch die räuberischen Araber nicht zu den seltenen Fällen gehört. Nur in größerer Vereinigung ist man ziemlich sicher. Es war Koblitz nicht möglich, seinen früheren Diener, welcher für die Transportirung der Geschenke bestimmt war, aufzufinden, und es kam daher das Anerbieten des Dr. Nachtigal, welcher bereits sechs Jahre in Tunis lebt und einen vorzüglichen Ruf hat, sehr gelegen, die Geschenke des Königs an den Sultan von Bornu zu überbringen. Koblitz versicherte sich der Zustimmung des preussischen Ministeriums hierzu und übertrug dem Dr. Nachtigal die Führung der königlichen Karavane. Dr. Nachtigal will sich nach Ausführung seines Auftrages südlich wenden, um dort die Küste zum Rückwege zu gewinnen. Bisher ist noch kein Europäer auf dieser Strecke gewesen.

[Ueber die Bewegung auf kirchlichem Gebiete in Norddeutschland] schreibt man der „A. Z.“: In Braunschweig ist die Einführung der Synodalverfassung durch Berufung einer Synode eingeleitet worden, welche letztere jedoch nur die Aufgabe hat, die Vorschläge der Landesregierung wegen Abänderung der bestehenden lutherischen Kirchenverfassung zu beraten und darüber Beschluß zu fassen. Im Herzogthum Koburg-Gotha bereitet sich Aehnliches vor. Die Regierung hat den Superintendenten den Entwurf einer neuen Kirchenverfassung zur Begutachtung vorgelegt, welcher, wie man hört, in wesentlichen Punkten der badischen Kirchenverfassung ähnlich ist und auch die Aufbesserung und Regelung des Einkommens der Pfarren (Scala von 500—900 Thlr.) in Aussicht nimmt, auf der anderen Seite aber das höchst wichtige Recht der Berufung der Geistlichen aus einer niederen in eine höhere Klasse dem Herzoge als dem Patron vorbehält, wodurch freilich die Selbstständigkeit der Kirche in einem der wichtigsten Punkte schwer beeinträchtigt werden würde. Im Herzogthum Meiningen ist man der Einführung synodaler Einrichtungen in so weit näher getreten, als man sich in der betreffenden Abtheilung des Ministeriums mit den entsprechenden Entwürfen der Nachbarstaaten beschäftigt. Im Allgemeinen strebt man in den verschiedenen Thüringischen Kleinstaaten nach möglicher Gleichmäßigkeit für die kirchliche Umgestaltung, was um so wünschenswerther erscheint, als dadurch die entsprechende Gedanke einer Thüringischen Generalsynode an Ausführbarkeit gewinnen würde.

[v. Mähler. — Vacanzen.] Am 1. August wird der Cultusminister von Mähler Berlin verlassen und vier Wochen abwesend sein. — Der Geheimen Ober-Finanzrath Scheele, der zu den bedeutendsten Arbeitskräften im Finanzministerium gerechnet wurde, hat, wie man vernimmt, seine Entlassung aus dem Staatsdienste nachgesucht. Da auch die durch den Tod des Geh. Ober-Finanzraths Henning und durch das Ausscheiden des Geh. Ober-Finanzraths Ambonn

erledigten Stellen noch unbesetzt sind, so existiren hiernach also drei Vacanzen bei den vortragenden Räten des Finanzministeriums. (N. Z.)

[Prof. Dr. B. A. Huber] ist am 19. d. im siebzigsten Jahre nach kurzem, schwerem Krankenlager in Folge einer Lungenlähmung in Wernigerode gestorben. Geboren am 10. März 1800 zu Stuttgart, wurde er von Fellenberg in Hofwyl erzogen, studirte seit 1816 zu Göttingen Medicin und Naturwissenschaften, empfing den Doctorgrad zu Würzburg und lebte dann in Stuttgart, seine Mutter (Therese Huber, Tochter des Göttinger Philologen Heyne, gest. 1829) bei der Redaction des „Morgenblattes“ unterstützend. 1821 begab er sich als Correspondent der „Allgemeinen Zeitung“ nach Paris, reiste in deren Auftrag nach Spanien; sein Werk: „Stizzen aus Spanien“, Göttingen 1823—33, hat bleibenden Werth. Von Spanien ging er nach Lissabon, von da nach Göttingen und London. Nach der Rückkehr nach Deutschland war er für die Göttinger Zeitschriften thätig, ging 1830 nach Italien und nahm dann eine Professoren-Stelle am Gymnasium zu Bremen, dann die Stelle eines ordentlichen Professors der Literaturgeschichte u. s. w. an der Universität zu Rostock an. Im Jahre 1836 folgte er einem Rufe nach Marburg, 1844 nach Berlin. Seit 1845 betämpfte er in der Zeitschrift „Janus“ die radicale und liberale Opposition und machte die ersten Vorschläge zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse. 1848 hielt er sich zur Partei der „Kreuzzeitung“, trennte sich aber von dieser und schrieb der Partei in der Broschüre: „Bruch mit der Revolution und Mitternacht“ den Scheidebrief. Auch später hat er zu verschiedenen Malen mit der conservativen Partei Preussens in Fehde gelebt. Seit 1852 lebte er, aus dem preussischen Staatsdienste zurückgezogen, in Wernigerode.

[Die Commission zur Ausarbeitung des Entwurfs einer Civil-Proceßordnung für den Norddeutschen Bund] hat im Juli, nach Abschluß der Beratungen über die außerordentlichen Proceßarten, den Entwurf, welcher nunmehr bis auf das Rechtsmittelverfahren und das Vollstreckungsverfahren vollendet ist, einer nochmaligen allgemeinen Revision unterzogen. Nach Beendigung der letzteren sind die Arbeiten der Commission heute verlagert worden. Die nächste Sitzung findet am 7. Septbr. d. J. statt. (N. Pr. Z.)

[Bath des Erzbischofs von Freiburg.] Wie das „Kobl. Tagebl.“ nach einem in Koblenz umlaufenden Gerüchte meldet, wäre der Bischof von Trier Dr. Gerhard vom Freiburger Domcapitel einstimmig zum Erzbischof von Freiburg gewählt worden. Das Blatt bemerkt aber selbst dabei, die Bestätigung dieser Nachricht sei noch abzuwarten.

Ems, 21. Juli. [Se. Majestät der König] machte gestern Abends die erste Ausfahrt und wählte hierzu die Straße, die nach Koblenz führt. Auf dem Rückwege verließ Majestät bei den 4 Thürmen den Wagen und erging sich noch lange an der Seite der Frau Großherzogin und des Prinzen Albrecht. — Heute Morgens empfing der König im Gurgarten den Regierungs-Präsidenten v. Bernuth aus Köln, den Polizei-Präsidenten v. Madai aus Frankfurt a. M., hatte mit denselben längere Unterredungen und machte dann bis gegen 1/10 Uhr die gewöhnliche Brunnenpromenade in Begleitung der Frau Großherzogin Mutter und des Prinzen Albrecht, welcher heute ein größeres Diner giebt, an welchem auch Se. Majestät Theil nimmt. — Vortrag hatten heute nur der Geh. Hofrath Bock und das Civil-Cabinet, und brachte darauf der König die Zeit bis zum Diner im Arbeitszimmer zu. Am 23. werden wir die Freude haben, J. M. die Königin auf der Reise nach Koblenz einige Stunden hier zu sehen. Die Gurgäste, vornehmlich die, welche uns das Ausland zugeführt hat, freuen sich um so mehr auf den Besuch der hohen Frau, weil sie hier schon Gelegenheit gehabt haben, mehrere Glieder der königlichen Familie kennen zu lernen. — Die Ankunft des Prinzen Georg ist noch nicht bekannt; die Wohnung wird schon längere Zeit bereit gehalten. (Post.)

Ems, 22. Juli. Se. Majestät der König hatte heute Mittag eine Unterredung mit dem aus Rom heute Früh hier eingetroffenen Gefandten v. Arnim, der auch zur heutigen königlichen Tafel gezogen ist. (B. Z. B.)

Aurich, 19. Juli. [Verurtheilung.] Von der hiesigen Strafkammer wurde heute der Buchdrucker v. Bloh aus Norden wegen Majestätsbeleidigung zu sechs Monaten Gefängnis und zu Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf ein Jahr verurtheilt. (N. S. Z.)

Wittenberg, 22. Juli. Nachdem Ihre Majestät die Königin gestern den Besuch der Ausstellung telegraphisch angezeigt hatte, traf dieselbe heute früh um 10 Uhr hier ein, und begab sich sofort nach dem Ausstellungsgebäude. Die Königin sprach sich den Comitemitgliedern gegenüber sehr anerkennend über das gelungene Werk aus, und betonte namentlich die Wichtigkeit der kleineren Ausstellungen für die größere Zahl der unbemittelten Industriellen im Vergleich zu den großen Weltausstellungen. Nach 1 1/2 stündigem Aufenthalte setzte die Königin die Reise nach Coblenz weiter fort. (B. Z. B.)

Oesterreich.

Wien, 21. Juli. [Diner zu Ehren der Mitglieder des Eisenbahn-Congresses.] Mit glücklichem Tact hat der Handelsminister ein Diner zu Ehren unserer Eisenbahngäste heute im Redoutensaal arrangirt. Um 5 Uhr versammelten sich die Gäste in dem festlich beleuchteten Saale; oben unter dem Orchester nahmen die österreichischen und ungarischen Minister, auch die Reichsminister, Präsident Journer zwischen Andrasch und Plener, dann die Präsidenten der hervorragenden Eisenbahn-Verwaltungen Platz. Die übrigen Festtheilnehmer placirten sich nach ihrer Wahl. Das Menu der von Sacher jun. arrangirten Tafel war vorzüglich; beim Champagner brachte Präsident Journer in seiner bekannten lebenswüthigen Weise einen Toast auf den Kaiser aus; ihm folgte der Handelsminister mit einem Toast auf die Landesfürsten und Regierungen der Länder, deren Bahnen vertreten waren; Medissen, der Präsident der rheinischen Bahnen ließ die Regierungen Oesterreichs und Ungarns hoch leben und unter großer Spannung der Zuhörer ergriff schließlich Graf Beust das Wort. Seine launige Rede, mit der er auf die Ohnmacht der Diplomatie gegenüber den materiellen Bestrebungen hinwies, die Erwählung, daß der Staatsmänner bestes Werk nur darin bestehen könne, dem Verkehr und Handel Hindernisse aus dem Wege zu schaffen, und wie, wenn von ihm, dem Grafen Beust, eine besondere Friedensbotschaft erwartet werde, er nur bemerken könne, daß, wenn es sich heute darum handelt, Friedensspeisen anzubereiten, darunter nur die der Locomotiven gemeint sein können, erregte ungeheuren Beifall. Mit einer kräftigen Apostrophe schloß der redgewandte Minister seinen Trinkspruch, dem Gebeihen und dem Fortschritt der Bahnen gewidmet. Nach dem Diner wurden in dem Foyer oberhalb des Orchesters Kaffee, Cigarren und Equeurs servirt und in der heitersten Feststimmung begaben sich sodann die Gäste in die ihnen zu Ehren im Carltheater arrangirte Festvorstellung. (Presse.)

Schweiz.

Bern, 18. Juli. [Programm in Betreff der Verfassungsrevision.] Wie der „Bund“ mittheilt, sind diejenigen Mitglieder der Bundesversammlung, welche sich für die Verfassungsrevision interessieren, auf Grund eines von namhaften Mitgliedern unterzeichneten Programms heute Abend zu einer Besprechung im Casino zusammengetreten. Das Programm lautet: „Vorab haben wir hervor, daß, wenn es sich um die Verfassung eines Bundesstaates handelt, dessen einzelne Bestandtheile überdies nicht die gleiche

Sprache reden, sondern, wie man sich auszudrücken pflegt, verschiedenen Nationalitäten angehören, der Natur der Sache nach nie das absolut Beste erreicht, sondern jeweils lediglich eine Art von Compromiß zwischen Anschauungen, die einander mehr oder weniger entgegengesetzt sind, erzielt werden kann.

Zu der Sache selbst übergehend, halten wir eine Umgestaltung der politischen Hauptgrundlagen, auf welchen die gegenwärtige Bundesverfassung der Schweiz beruht, zur Zeit weder für geboten noch für erprießlich. Demnach erklären wir uns vor Allem gegen die Einführung des Einheitsstaates und für die Beibehaltung des Bundesstaates. Wir halten demzufolge auch an der Bestimmung der Bundesverfassung fest, gemäß welcher zu einer Abänderung der letzteren die Zustimmung der Mehrheit sowohl des gesammten Schweizervolkes als der Cantone erforderlich ist.

Wir sprechen uns im Weiteren gegen die Einführung des sogenannten Bundesreferendums oder einer Einrichtung aus, kraft welcher alle wichtigeren Bundesangelegenheiten der Abstimmung des schweizerischen Volkes und, was im Hinblick auf die Eigenschaft der Schweiz als Bundesstaat mit Nothwendigkeit hinzukommen müßte, auch der Cantone zu unterstellen wären.

Indem wir in solcher Weise die Hauptgrundlagen der gegenwärtigen Bundesverfassung zur Zeit unangetastet lassen, erklären wir uns dagegen für eine entschieden freimüthige Fortentwicklung und Ausgestaltung der bestehenden Bundeseinrichtungen auf dem Wege der Partialrevision der Bundesverfassung. Wir bezeichnen als Zielpunkte, welche wir vermittelst dieser Partialrevision zu erreichen beabsichtigen: 1) Gleichstellung der niedergelassenen Schweizer, ob sie Bürger des betreffenden Cantons seien oder nicht, hinsichtlich des Stimmrechts in Gemeindeangelegenheiten; 2) Gleichstellung der in einem Canton niedergelassenen Schweizer mit den Bürgern desselben hinsichtlich des Stimmrechts in cantonalen Angelegenheiten; 3) Regelung der Besteuerung und der civilrechtlichen Verhältnisse der Niedergelassenen in einheitlicher, der Ausübung des freien Niederlassungsrechts förderlicher Weise; 4) Gewährleistung der Glaubens- und Cultusfreiheit; 5) Gewährleistung des Rechtes der Gleichstellung gegenüber Beschränkungen ökonomischer Natur von Seiten der cantonalen Staatsgewalt, sowie gegenüber den Gemisnissen von Seiten der Kirche; 6) Schutz des schriftstellerischen, künstlerischen und industriellen Eigenthums; 7) Ermöglichung der Einführung des metrischen Systems in Maß und Gewicht; 8) vollständige Durchführung des Grundgesetzes der allgemeinen Wehrpflicht und Organisation des Bundesheeres nach Maßgabe der wehrfähigen Bevölkerung der Cantone in Aufhebung des bisherigen Scalasystems. — Endlich streben wir noch eine einheitliche Gestaltung der mit dem Verkehrsleben zusammenhängenden Bestandtheile des Civilrechts an. Im Hinblick jedoch auf den lebhaften Widerstand, welchen die Verfolgung dieses Zweckes auf dem Wege der Abänderung der Bundesverfassung in der romanischen Schweiz zur Zeit noch zu finden scheint, und in Würdigung der politischen Gefahr, welche eine rücksichtslose Majorisirung der romanischen Schweiz durch die deutsche in der vorliegenden Frage zur Folge haben müßte, halten wir es für geboten, zunächst keine Schritte unternommen zu lassen, welche eine sachbezügliche Verständigung mit der romanischen Schweiz herbeizuführen geeignet sein möchte. Schließlich sprechen wir uns noch dahin aus, daß nach unserer Anschauungsweise eine Partialrevision der Bundesverfassung im Sinne des vorstehenden Programms während der bevorstehenden Amtsperiode der Bundesbehörden durchgeführt werden soll.

Unterzeichnet ist das vorstehende Programm von den Herren Dr. Baader; L. Bernold; Berthlinger-Amstler; Dr. Biber; Bürti; Büzberger; Dr. A. Escher; Feer Herzog; J. H. Fierz; A. Fischer; Dr. J. Heer; A. Hunzeler; Aloys Jöser; Kochlin; Dr. Lehmann; J. Meßmer; Dr. Roth (Appenzell A. Rh.); Sailer; Schneider; Stehlin; Samuel Steine; Dr. Eduard Suter (Zürich); J. Ulrich Sutter (Appenzell); Dr. J. Z. Treichler; J. Bonmatt; Weber (Glarus); Dr. Weber; Dr. A. F. Zürcher.

Zug, 18. Juli. [Eine Schützenrede.] Gestern, schreibt man dem „Fr. Z.“, überbrachte in der Festhalle des Schützenfestes Bundesrath Dr. Dub, den Gruß der schweizerischen Bundesregierung.

Es herrscht, sagte er, eine bedeutende Verschiedenheit der Anschauungen über die Stellung der Regierung zum Volke. Bei andern Nationen sei das Volk betrachtet als eine aus dem fruchtbaren Boden der Erde emporgekommene Gesamtheit, auf die sich aus den himmlischen Höhen die Regierung von Gottesgnaden wie eine leuchtende Erscheinung herunterjense. In unserer Heimat, wo die Landesregierung aus der freien Selbstbestimmung des Volkes hervorgehe, könne es sich nicht um Verablassung handeln. Sie erschreine an einem solchen Tage unter den Festfeiern, um auch eine Stunde der Freude, der Erholung mitzugeben und neuen Lebensmuth zu schöpfen. Was bringt Ihr von Bern? habe man ihn da und dort gefragt. Da müßte er antworten, daß der politische Himmel nicht so blau und lächelnd sei, wie der Festhimmel; drohende Wolken sind vorhanden. Die Diplomaten fieden die Köpfe zusammen, pöpern am Barometer und sehen nach den Laubfröhen. Es liegt etwas in der Luft, eine wichtige politische Frage. Ich will sie Euch Schützen ganz im Vertrauen mittheilen: „Das Wetter will ändern!“ Es ist in der Politik, wie in der Natur — die Winde kämpfen, der Föhn und der Bismarck. Unter dem Föhn versteht der Redner die ungeheure Gewalt eines Einzelnen im Staate, die nicht bloß das Geschick seines Volkes, sondern auch Krieg und Frieden anderer Nationen selbstbestimmt. Der Südwind in der Kirche ist die Allgewalt eines Einzelnen, der das unhaltbare Dogma der Unfehlbarkeit seiner Person den Vätern der Gegenwart aufdrängen will. „An Euch, Ihr Schützen,“ fährt der Redner mit starker Apostrophe fort, „wende ich mich — ist einer unter Euch, der noch nie — gefehlt hat?“ (Stürmischer Zuruf.) Gegenüber diesem Südwind in Staat und Kirche bläst mächtiger als je der Nordwind, der erwachende Volksgeist, der den Nationen das Selbstbestimmungsrecht erstämpfen will. Schon dämmert der Tag der Entscheidung herauf, und diesem heranbrechenden Tage der freien Selbstbestimmung der Völker gilt das Hoch! (Ranganhaltender Beifall.)

Frankreich.

* **Paris, 20. Juli.** [Ueber die neuesten Maßregeln der Regierung.] schreibt man der „A. Z.“: Alle Parteien sind gleichmäßig unzufrieden: die Rechte, weil sie sich rücksichtslos behandelt sieht, die noch nicht Wahlgeprüften, weil ihre Zwitterstellung, die sie freilich nicht hindert, für diese außerordentliche Session heute ihre 2500 Franken einzulassen, unerträglich ist, das Centrum, weil ihm nicht vergönnt ist, sein Programm sofort weiter zu verfolgen, und die Linke endlich, weil sie sich gradezu das Wort in demselben Moment abgeschnitten sieht, in dem sie anfangen wollte, von ihm in der inneren und äußeren Politik den ausgebreitetsten Gebrauch zu machen. Die Linke, die schon seit längerer Zeit zu keinem festen Entschlusse über ihre anzunehmende Haltung kommen konnte, wird sich denn auch heute wieder versammeln, um durch eine Commission, die wahrscheinlich aus den Herren Faure, Picard, Simon, Belhmont und einem der neu zugetretenen Mitglieder bestehen wird, einen Protest auszuarbeiten zu lassen, der das Vorgehen der Regierung energisch zu verurtheilen bestimmt ist. Gleichzeitig tagen heute Nachmittag um 3 Uhr die 116 Unterzeichner der Interpellation, um ein Manifest abzufassen, das im Beginne der nächsten Session der Kammer und der Regierung vorzulegen wäre. Von den 116 aufgeforderten Deputirten dürften etwa 50 sich dieser Versammlung fern halten; 25 haben nämlich Paris bereits verlassen und der Rest hält eine solche Kundgebung für unzeitgemäß. Ein anderer Theil der Unterzeichner, Buffet voran, geht mit dem Gedanken um, sich der Linken enger anzuschließen.

[Ueber den Fürsten Latour] schreibt man demselben Blatte: Man verdenkt es vielfach dem Fürsten Latour d'Avvergne, daß er seinen

